

Postcheck-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Die „Sächsische Selbstzeitung“
erscheint Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
tags vorher nachm. 5 Uhr.
Bezugs-Preis viertel-
jährlich 2.— M., monatlich
1.40 M., 1 monatlich 70 Pfg.
durch die Post vierteljährlich
2.10 M. (ohne Bestellgeld).
Einzeln Nummern 12 Pfg.
Alle Kaiserlich. Postanstalten,
Postboten, sowie die
Zeitungsverleger nehmen stets
Bestellungen auf die
„Sächsische Selbstzeitung“ an.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Selbstzeitung.

Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den
Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Selbstzeitung, Alma Hiele. — Verantwortlich: Konrad Rohrlavber, Bad Schandau.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Pichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtorf, Postelwitz, Proffen
Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Säch.-Böhm. Schweiz.

Am Falle überer Gewalt (Krieg oder legendlicher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Verleger oder der Verlegerangehörigen) hat der Verleger keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenstraße 184; in Dresden und Leipzig: Haasenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Mosse;
in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Fernsprecher Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Ver-
breitung d. Bl. von großer
Wirkung, sind Montags,
Mittwochs und Freitags bis
spätestens vormittags 9 Uhr
aufzugeben. Ortspreis für
die 6 gespalt. Kleinschriftzeilen
oder deren Raum 20 Pfg.,
bei auswärtigen Anzeigen
25 Pfg. (tabellarische und
schwierige Anzeigen nach
Uebereinkunft).

„Eingefandt“ und „Klamma“
60 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen ent-
sprechender Nachsch.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltu“

Nr. 154

Bad Schandau, Dienstag, den 24. Dezember 1918

62. Jahrgang.

Die nächste Nummer erscheint morgen!

Anzeigen für dieselbe
(sie liegt die Feiertage über aus!) werden erbeten bis
spätestens Dienstag früh 9 Uhr.

Sonnabend, am 28. Dezember 1918,
vorm. 11 Uhr, gelangen in
Schandau (Amtsgericht)

1 Kleiderschrank, 1 Koffer, 1 Waschbrett, 1 Pelzkragen,
Handschuhe, Vorhemdschen, Leinwandkragen, Manschetten,
Mützen, Hüte u. v. m. zur Versteigerung.

Schandau, den 21. Dezember 1918.

Der Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung,

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für die Monate
August bis mit Dezember 1918.

Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden
die zur Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen
Personenvereinigungen in Schandau aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über
den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte in den Monaten August bis mit Dezember
1918 bis spätestens Ende Januar 1919 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich ein-
zureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirt-
schaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb.
Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Ge-
werbetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte,
Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw.
Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen.
Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme
von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satze von 5 v. T. sind diejenigen
Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre
nicht mehr als 3000 M. beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht
verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch ge-
nommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Für die Lieferung von Luxusgegenständen besteht keine derartige Befreiung.
Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 M.
nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte
wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder
einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum
20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag
nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 M. bis 100 000 M. ein. Der
Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie
können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt kostenlos entnommen werden.
Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vor-
drucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende
Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramts, die Ver-
anlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Schandau, am 20. Dezember 1918.

Der Stadtrat
als Umsatzsteueramt.

Morgen

Dienstag, den 24. d. M.,

bleiben die Amtsräume des Stadtrats und des Standesamts einschließlich der
Stad- und Sparkasse

von mittags 12 Uhr ab

geschlossen.

Schandau, am 23. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Dienstag, den 24. Dezember:

Wurst — bei Kopprash. Auf Lebensmittelmarke Nr. 17 entfallen ca. 35 Gramm.
Preise sind vorgeschrieben.

Schandau, am 23. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Pferdefleisch-Verkauf

bei Wehner, morgen Dienstag vormittags von 10 Uhr ab. Beliefert wird Abschnitt 4
der Pferdefleischkarten Nr. 201 bis 800.

Schandau, den 23. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Aus Stadt und Land.

—* Es sei darauf hingewiesen, daß am Heiligen
Abend nachm. 4 Uhr eine Christmette in unserer Kirche
stattfindet. Weihnachtliche Schriftworte werden ab-
wechselnd mit Einzel- und Gemeindegesang und mit Orgel-
spiel und Ansprache zugleich versuchen, die Gemeinde in
die Vorfreude des Christfestes hineinzuführen.

—* Änderungen des Zugverkehrs auf der Strecke
Schandau—Dresden. Der vom 17. Dezember bis. J.
in Wegfall gekommene Personenzug 5,47 früh ab
Schandau verkehrt vom 22. Dezember nur werktags
wieder, und zwar führt er bis Pirna nur Wagen
4. Klasse, von Pirna aber 2.—4. Klasse. Weiterhin
fallen in der Zeit vom 24.—27. Dezember folgende
zwischen Bodenbach und Dresden verkehrende Züge aus:
1. ab Dresden Hbf. 1,07 nachm., an Schandau 2,04,
2. ab Schandau 5,28 nachm., an Dresden Hbf. 6,38.

—* (M. J.) Durch Vereinbarung der Arbeitsgemein-
schaft über Arbeitszeit, Arbeitslohn und Schlichtungs-
ausschüsse der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände
im Gärtnereibereich ist unter dem 25. November ds. Js.
die Einführung des Achtstundentages in den Gärtnereien
schlechthin beschlossen worden. Diese Abmachung findet
sonach Anwendung auf alle Gartenbaubetriebe, gleichviel
ob sie als landwirtschaftliche oder gewerbliche Unter-
nehmungen anzusehen sind.

—* Verbot des Stollenbadens. Die Verordnung des
Ministeriums des Innern vom 13. Dezember, durch die
die Herstellung von Stollengebäck in gewerblichen Be-
trieben und in Haushaltungen verboten worden ist, be-
steht nach wie vor zu Recht und sei erneut in Erinnerung
gebracht.

—* Erhöhte Fleischzuweisung. Wir machen darauf
aufmerksam, daß für die kommende Festwoche 150 Gr.
Fleisch und 50 Gramm Wurst für jede bezugsberechtigte
Person abgegeben werden.

—* Die erhöhte Protration soll nach einer soeben
eingegangenen Ministerialverordnung bis auf weiteres
beibehalten werden.

—* Die Erhöhung der Fahrkartenpreise auf den
Eisenbahnen soll in 4. Klasse 20%, in der 3. Kl. 25%,
in der 2. Wagenklasse 35% und in der 1. Klasse rund
100% betragen. Die Vorortfahrpreise sowie Arbeiter-,
Schüler- und Zeitkarten sollen keine Erhöhung erfahren.
Im Güterverkehr ist eine Erhöhung um 60% vorgeschlagen.
Der Eintrittstermin aller dieser Stelgerungen ist, sobald
eine Einigung erzielt wird, vielleicht der 1. April 1919.

Jedem Soldaten eine Schandauer Chronik.

Viele schwanken bis zuletzt, was sie für ihren Sol-
daten kaufen sollen. Alles ist zu teuer. Bücher haben
jetzt den doppelten Preis. Ein Schandauer Buch hat
noch den alten Preis. Es ist die Chronik. Der
Verlag ist noch nicht auf seine Kosten gekommen. Der
Chronikschreiber hat 20 Jahre lang daran gearbeitet,
es ist eine ausgereifte, mühevoll arbeit, er hat noch
keinen Fehler oder Irrtum in seinem Buche gefunden,
so gewissenhaft hat er gearbeitet. Wenn alle Anderen,
unter denen der Verfasser in Schandau gelebt hat, längst
vergessen sein werden, wird der Name des Chronikschreibers
noch mit Ehren genannt werden, — er hat die Schandauer
Vergangenheit gerettet. Er sendet seiner alten Gemeinde
einen Weihnachtsgruß und wünscht, daß jede Schandauer
und eingeparrte Familie, jedes Schandauer Kind
(auch in der Ferne), jeder heimgekehrte Krieger habe
eine Schandauer Chronik.

Viele von denen, die sich s. J. in die Listen
„Schandauer Chronik“ noch nicht abgeholt. — Sie
werden hiermit ersucht, dies baldigst zu tun.

Pirna. Die Geschäftszeit bei der Amtshauptmann-
schaft ist durchgehend von 8 bis 3 Uhr; Kassenschluß
1 Uhr. — Der 5 Uhr-Ladenschluß ist in Pirna eingeführt;
an Sonnabenden und Abenden vor Festtagen dürfen die
Geschäfte bis 7 Uhr geöffnet haben. Für Barbier-
geschäfte ist hiernach die Schließzeit auf 6 bez. 8 Uhr
festgesetzt.

Bauhen. Nachdem sich hier die drei liberalen Gruppen,
die Fortschrittler, die Liberalen und die Nationalliberalen
auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt und sich der
Deutschen demokratischen Partei angeschlossen, erfolgte
hier die Gründung einer Ortsgruppe Bauhen Stadt
und Land der Deutschen demokratischen Partei.

Dypach. Ertrunken ist beim Uebersetzen über die
Maas infolge Zerbrechens einer Fähre der Sergeant
Gustav Kell von hier, der 51 Monate im Kampfe stand
und dann als vermisst gemeldet wurde.

Dresden. Die Stello. Militär-Intendantur führt
Klage über das fortgesetzte Entwenden von Kasernengerät,
Bettwäsche, Handtücher und insbesondere wollenen Decken.
Trotz der Durchführung von Vorichtsmaßregeln nehmen
diese Diebstähle einen noch größeren Umfang an. Die
eingeleiteten Untersuchungen blieben bisher größtenteils
ohne Resultat, sodas eine kostenlose Inabgangstellung
zu Lasten der Reichskasse erfolgen mußte.

Dresden. Donnerstag vormittag hielten das 1. und
2. Bataillon des Inf.-Reg. Nr. 177 ihren Einzug in
die Garnisonstadt Dresden.

Dresden. Die Schokoladenfabrik Pehold & Kuhlhorn
beging die Feier ihres 75 jährigen Bestehens. — Eine
Neuerung haben die großen Ballfäße eingeführt. Tanz-
geld wird nicht erhoben, aber es kostet der Eintritt für
Herren 3,40 M., für Damen 1,16 M. (Tivoli), im
Palmengarten 5 bzw. 3 Mark.

Dresden. Der Konservative Verein zu Dresden be-
schloß den Anschluß des Vereins an die Deutschnationale
Volkspartei, Ortsverein Dresden.

Hindenburg und das Offizierkorps.

Untergrabung der Autorität aus kleinlicher Rache.

Kassel, 21. Dezember.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat aus dem Großen Hauptquartier einen Aufruf erlassen. Er blüht darin auf die gewaltigen Kriegseinstellungen des zur Wehrhaftigkeit erzogenen deutschen Volkes in Waffen zurück, das nicht vor einer Welt von Feinden zusammengebrochen sei, hierzu befähigt durch das heilige Feuer der Vaterlandsliebe, den Willen zum Siege und den Geist der Treue. Das deutsche Heer sei dahin zerlegt und aufgelöst, obwohl bis zuletzt gefährdet und geachtet von den Feinden. Den Offizieren, hoch und niedrig, komme als Erziehern und Führern des Volksheres ein unbestreitbar hoher Anteil an dem Ruhme zu, und es sei kleinlicher Rache, ihnen Abzeichen und Waffen abzuspriechen, sie als unfähig der Befehlsgewalt zu erklären. Die Verstärkung der nationalen Kraft des deutschen Volkes von Grund auf sei die Absicht jener verneinenden und zerlegenden Geister, die am Werke seien, um die Neugestaltung des Reiches auf gesunder politischer und wirtschaftlicher Grundlage zu hemmen. Trotz der mancherlei Krankheitsercheinungen vereinzelter Fälle von Selbstmord, Eitelkeit und Unwahrhaftigkeit fehle das deutsche Offizierkorps gesund und stark aus dem Kriege zurück. Das deutsche Offizierkorps sei kerngesund, seine Lebensaufgabe das Wohl der Gesamtheit, die Ehre des deutschen Namens und darum habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um den Zusammenbruch unseres nationalen und wirtschaftlichen Daseins zu verhindern. Dabei muß es aber erbittert, wenn in kleinlicher Rache die Autorität im Heere untergraben wird. Alle jene aber, die sich als Schmarober im deutschen Offizierkorps gezeigt, sollten und müßten abgeschüttelt werden.

Was du ererbt von deinen Vätern!

Der Aufruf Hindenburgs schließt: Wenn ich als Oberbefehlshaber des deutschen Feldheeres am Ende meiner militärischen Laufbahn die Stimme erhebe für meine Kameraden und Untergebenen, meine treuesten Stützen in Kampf und Not, so möge man darin auch ein heiliges Vermächtnis aus der Vergangenheit entnehmen für eine neue Zeit, für eine glückliche Zukunft unseres Volkes, für die Einheit der deutschen Stämme mit der alten Mahnung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Nach dem Rätekongress.

Kritische Stimmen.

dt. Berlin, 21. Dezember.

Wenn man die Verhandlungen des Rätekongresses, des ersten republikanischen Parlaments, überblickt, so heben sich vier Punkte von besonderer Wichtigkeit heraus: der durch die Revolution geschaffene Zustand, daß wir keine Armee mehr haben, trotz unserer vielen Soldaten, ist durch den Beschluß betreffend die Kommandogewalt fest verankert worden. Was der Beschluß sagen will, drückt sich in dem alten Wort „Wehrlos — ehelos“ aus. Deutschlands Recht und Macht, noch vor wenigen Wochen in aller Welt bewundert, genießt kein Ansehen mehr. Die Vorgänge in Ost und West zeigen es aufs deutlichste. Mit reiner Freude wird der Beschluß der Übertragung der Kommandogewalt an die USR nur in der sozialistischen Presse begrüßt. Die bürgerliche Presse aber fürchtet von der Neuordnung die Aufrechterhaltung des mehrfachen Zustandes Deutschlands und alle seine bereits drohenden Folgen.

Auch die vom Kongress beschlossene Sozialisierung begegnet in der bürgerlichen Presse abfälliger Kritik. Sicher ist anzunehmen, daß mit der Sozialisierung nicht Hals über Kopf begonnen werden soll. Aber von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß die konsequente Sozialisierung zum Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft führen muß. Die der Landwirtschaft nahestehende Presse wehrt sich gegen die Sozialisierung, weil sie sich nur auf die Großbetriebe, nicht auf die bäuerlichen erstrecken soll. Andererseits ist die linksradikale Presse nicht mit der langsamen Sozialisierung, wie sie der Kongress ausgeht, einverstanden, weil sie in der sofortigen durchgreifenden Aufhebung des Privateigentums die wichtigste Ervingenschaft der Revolution und die alleinige Sicherheit für die sozialistische Republik erblickt.

Fast allgemein begrüßt wird die frühere Ansetzung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung. Der Beschluß des Rätekongresses hat gezeigt, daß auch die überwiegende Mehrheit der USR auf dem Boden der Demokratie (Gerricht des ganzen Volkes) steht und daß sie eine Klassendifferenz, also auch die des Proletariats ablehnt. Freilich bei einem Teil der Unabhängigen Sozialisten und bei den Spartakusleuten sieht man in diesem Beschluß des Rätekongresses einen Sieg der „Gegenrevolution“. Liebknecht und seine Mannen wollen um einen Preis auf die Diktatur des Proletariats verzichten, sie wollen die Herrschaft der Minderheit und die „rote Fahne“, das Organ der Liebknecht-Luxemburg-Gruppe wahren, daß der Sieg der Ebert-Scheidemann-Regierung ein Durchbruch bleiben wird. Das Blatt erhofft eine Erhebung der revolutionären Massen des Proletariats, i. h. es rechnet mit — einer Sprengung der Nationalversammlung. Die Stimmen der übrigen Presse, mit Einschluß des Vorwärts zeigen, daß der Gedanke der Nationalversammlung sich auf das ganze deutsche Volk stützt, das nach Ruhe und Ordnung und eine zielbewusste Regierung wünscht.

Aus diesem Grunde wird auch die endliche Klärung des Verhältnisses zwischen Regierung und USR begrüßt, sie dahin geht, daß die Volksbeauftragten von der unmittelbaren Vormundschaft der USR und von ihren ändigen Eingriffen befreit werden. Die bürgerliche Presse begrüßt es, daß der Regierung endlich freie Bahn geschaffen ist, um tatsächlich zu regieren und vor allem, um die Ordnung herzustellen, deren wir dringend bedürfen und der das Reich nicht länger entraten kann, soll es nicht in einen hoffnungslosen Wirrwarr sinken. Natürlich gibt es auch hier einige linksradikale Värmacher, die die Neuordnung zu diskreditieren suchen, indem sie dahinter regerevolutionäre Machenschaften wittern. Aber sie sind eine hoffnungslose Minderheit.

Alles in allem: Der Rätekongress hat gezeigt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes (wenn er als seine Vertretung angesehen werden darf) Ruhe und Ordnung und den demokratischen Ausbau der Republik will. Es ist bezeichnend, daß sich gerade auf dem Rätekongress, der die Verständigung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen bringen sollte, die Geister — und diesmal annehmend endaulia — geschieden haben.

Von der neuen Reichsverfassung.

Ein Präsident an der Spitze.

Im Staatssekretariat des Innern haben kürzlich unter Einziehung hervorragender Staatsrechtler eingehende Beratungen über die künftige Verfassung des Reiches stattgefunden, die schon zu einem gewissen Abschluß gelangt sind.

An die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewählter Präsident, dessen amtliche Befugnisse nach der verfassungsrechtlichen Seite hin ungefähr in der Mitte liegen sollen zwischen den Rechten, die verfassungsmäßig dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einerseits und dem König von England andererseits zustehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach streng parlamentarischen Grundsätzen selbst zusammenstellen, in bewusster Abweichung also von amerikanischen Verhältnissen. Daneben wird nach dem Muster des deutschen Bundesrates, wie er unter dem alten Regime bestand und auch jetzt noch amtiert, ein Staatenhaus aus Bevollmächtigten der verschiedenen Bundesrepubliken gebildet werden, das ungefähr dem amerikanischen Senat entsprechen dürfte, und das, entgegen den Befugnissen des Bundesrates, weniger ein Organ der Verwaltung als der Gesetzgebung bilden wird.

15 deutsche Bundesrepubliken.

Die Reichsregierung soll streng zentralisiert werden, mehr als es früher der Fall war. Dabei aber soll die Zentralisation nicht soweit getrieben werden, daß etwa die Selbständigkeit der einzelnen Bundesrepubliken aufgehoben wird. Gewisse kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gebiete werden deren Verwaltung reserviert, andere dagegen, wie Eisenbahnen, Seereswesen, Zollwesen, Postwesen, Steuerwesen usw. sollen der Reichsverwaltung zustehen. Wieviel Bundesrepubliken gebildet werden sollen, steht noch nicht fest. Man glaubt aber, daß man ungefähr auf 14 bis 15 deutsche Bundesrepubliken zählen kann.

Republik Oberschlesien?

Pläne zur Neu- und Beseitigung Deutschlands.

Aus Breslau kommen Nachrichten von einer ernsthaften Selbständigkeitsbewegung in den ober-schlesischen Gebieten. Die ober-schlesische Zentrumspresse brachte eine übereinstimmende Erklärung, die zur Bildung einer unabhängigen Republik Oberschlesien unter der Garantie von Deutschland, Polen und dem Tschechenstaat auffordert.

In dem polnischen Kattowitzer Blatt „Gazeta Ludowa“ wird ferner mitgeteilt, von den Anhängern dieser Idee seien drei Abgesandte nach Prag geschickt worden, um mit dem Präsidenten Masaryk zu verhandeln. Masaryk habe erklärt, die Tschechen machten Ansprüche auf Teile von Oberschlesien — auf was machen die Tschechen nicht Ansprüche? — aber einer Republik Oberschlesien Sympathie entgegengebracht. Alles hänge von der Entente ab und er, Masaryk, habe einen Kurier nach Paris entsandt, um über die Frage „Oberschlesien“ Bescheid zu erhalten.



Die Verteilung der Polen in den Kreisen Posens und Schlesiens

Zeigt es sich, daß diese aufsehenerregenden Mitteilungen auf tatsächlicher Grundlage beruhen, so stände man einem neuen Teilungsplan gegenüber, der die gemeinsamen deutschen Interessen ähnlich tief berühren müßte wie die Separationsgerüchte aus dem Westen.

Unsere Karte zeigt, daß die polnische Bevölkerung in Oberschlesien nirgendwo eine absolute ist, in großen Teilen aber bis zum Mittel oder weit darunter sinkt. Von einem polnischen Oberschlesien kann nirgendwo die Rede sein.

„Vereinigten Staaten von Deutschland.“

Angeblickt aus der Feder eines höheren Beamten im Rheinland bringt ein Dresdener Blatt einen Aufsatz über eine Neugliederung Deutschlands und der deutschen Teile Österreichs in neue Republiken nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Artikel fordert erstens Obersachsen, bestehend aus Groß-Sachsen mit Thüringen und den Regierungsbezirken Erfurt und Merseburg, oder einschließlich Magdeburgs und Anhalts, sowie Deutsch-Böhmens (als Elbe-Land), Hauptstadt Dresden; zweitens Niederachsen, bestehend aus Hannover, Lippe, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Lübeck, Hauptstadt Hannover; drittens das gesamte Rheinland, welches im Anschluß an die Schweiz aus Baden, Elsaß, Pfalz, Rheinbessen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau und Westfalen gebildet, ein kulturelles Gegengewicht zu dem deutschen Osten schaffen würde, Hauptstadt Koblenz; viertens Schwaben: Württemberg mit Hohenzollern (als Neckarland), Hauptstadt Stuttgart; fünftens Bayern als Donau- und Mainland, Hauptstadt München; sechstens Deutsch-Österreich mit Steiermark, Kärnten und Tirol (als Alpen- und Donauland), Hauptstadt Wien; siebentes Brandenburg, Preußen mit West-

burg, Pommern, Posen und Schlesien (als Oberland), Hauptstadt Berlin.

Die Geistes-Oberschlesien waren dem höheren Beamten bei Abfassung seiner Abhandlung wahrscheinlich noch nicht bekannt, denn von dieser achten Republik ist nicht die Rede. Möglicherweise kommen mit der Zeit noch einige neue Republiken dazu. Deutschland würde bei Ausführung all dieser Pläne etwas verzwiebelt an die vormärzliche oder gar an die vornapoleonische Zeit erinnern. Die „National“-wirtschaft hat bisher wenig Anerkennung in der Welt gefunden und der Vergleich mit Amerika hinkt schon ganz und gar. Um das festzustellen, braucht man nur einen Blick auf die Karte und die Ausdehnung der amerikanischen Territorien zu werfen, die das Gesamtgebiet des bisherigen Deutschen Reiches etwa um das vierfache übertreffen.

Der neue Staatssekretär des Außern.

Der als Nachfolger Dr. Solfs neuernannte Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rangau, dessen Bild wir heute bringen, steht im Alter von 49 Jahren. Er hat sich reichlich in der Welt umgesehen und ist bei fast sämtlichen deutschen Völkern in Europa tätig gewesen, zuletzt als Gesandter in Dänemark, dessen lokale Haltung während des Krieges nicht zuletzt auf das politische Gesicht des Grafen zurückgeführt wird. Reiche Personen- und Sachkenntnis wird ihm nachgerühmt, die ihm bei seiner gerade jetzt schwierigen Amtsführung doppelt gut zufließen können wird. Der Graf ist ein vornehmer, durchaus demokratisch empfindender Mann und er war schon vor etwa 2 Jahren für seinen nunmehrigen Posten in Aussicht genommen.



Graf Brockdorff-Rangau.

Seine damalige Berufung wurde aber durch den Einspruch Ludendorffs verhindert. Hoffentlich gelingt es Rangau, das Staatsamt durch die Klippen der bevorstehenden Friedensverhandlungen glücklich hindurchzuführen. Eine unbedingt erforderliche Vorbedingung dafür ist aber, daß man ihm Vertrauen entgegenbringt und ihm freie Hand läßt.

Italiens Verräterpolitik.

Die Entschlüsse in Frankreich.

Der König von Italien weilt augenblicklich zum Besuch Poincarés in Paris und wird dort hoch gefeiert. Dabei wird nun auch, was schon längst kein Geheimnis mehr war, die verräterische Politik Italiens offiziell zugegeben.

In seinem Entschluß gedachte Poincaré der italienischen Politik, die schon 1902 sich endgültig vom Dreifund abgewendet und Frankreich die Versicherung gegeben habe, daß Italien zu keinem Angriffe auf Frankreich teilnehmen werde; dies Wort habe Italien gehalten und es damit der französischen Regierung ermöglicht, seine besonders tüchtigen Alpentruppen gleich beim Anfang des Krieges an die deutsche Front zu werfen.

Die nunmehrige Größe Italiens, fuhr Poincaré fort, sei größtenteils dem unmittelbaren persönlichen Eingreifen des Königs zu verdanken, welcher die alten politischen Verbindungen Italiens aufgelöst und Frankreich und Italien, die durch Abstammung und Kultur zueinander gehörten, auch durch Waffenbrüderschaft für immer verbunden hätten: Verbündete im Kriege, würden sie auch im Frieden verbündet bleiben durch ihre Gefühle wie aus Überzeugung.

Garantien gegen künftige Kriege.

Präsident Wilson hat sich einem Berichterstatter gegenüber in bezug auf die kommende Friedenskonferenz geäußert und sagte u. a.:

„Ich denke, daß die Völker aller Länder jetzt mit bangen Erwartungen nach Versailles blicken, und ich bin sicher, daß sie sich alle die eine Frage stellen werden, ob auch genügend Weisheit und Einheitsliebe des Vieles bei den dort versammelten Staatsmännern sein wird, um Garantien gegen künftige Kriege zu schaffen. Die Schwierigkeiten der Verantwortung, die oft sehr drückend ist, und die durch den erfolgreichen Ausgang des großen Krieges geschaffen wurde, müssen selbstredend von den großen Nationen der Welt auch zusammen geteilt werden.“

Weiter sagte Wilson: „Deshalb besuche ich jetzt die alliierten Länder und verlaufe, dort durch persönliche Kontakte, soviel ich nur kann, über die allgemeinen Ansichten zu erfahren bezüglich aller Fragen, woran ich interessiert bin. Mein erster Wunsch war selbstverständlich, das amerikanische Heer zu besuchen. Ich bin auch sehr begierig, Italien zu besuchen, das Land, aus dem so viele meiner guten Bürger gekommen sind.“

Antrag auf Verrentung der deutschen Flotte.

Allzu groß scheint die Einigkeit bei der Entente auch nicht zu sein. So sollen die amerikanischen Friedensdelegierten beschlossen haben, die Verrentung der ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe zu fordern. Die amerikanischen Delegierten erklären, daß durch die Verrentung Geld und Risikogut unter den Alliierten vermieden werden und daß Wilsons Erklärung, daß der Krieg keine Verrentung des Eigentums bezwecke, hierdurch kräftig unterstützt werde. Anscheinend hat England bereits zugestimmt, aber man erwartet, daß einige Seemächte zweiten und dritten Ranges die Verteilung dieser Schiffe fordern werden.

Verbot der deutschen Sprache im Reichsland.

Der „Temps“ erfährt aus unterrichteten Kreisen, der Bischof von Straßburg habe an den Papst geschrieben, um ihn zu bitten, bei der französischen Regierung dafür einzutreten, daß dem Alerus der Gebrauch der deutschen Sprache weiter gestattet werde, da diese unentbehrlich sei. Der „Temps“ macht dazu die Bemerkung, es handle sich um den deutschen Bischof Dr. Friben, der an den Feierlichkeiten zu Ehren der einziehenden französischen Truppen nicht teilgenommen habe.

Verschiedene Meldungen.

London, 21. Dez. Präsident Wilson und Frau werden am 26. Dezember in London eintreffen und Gäste des Königs sein. Über die Dauer ihres Aufenthaltes ist noch nichts bekannt.

Paris, 21. Dez. „Journal de Débats“ bedauert in seinem Begrüßungsartikel für den König von Italien, daß die Spuren des alten Giolittismus noch nicht vertilgt sind. Es sei aber zu hoffen, daß die Umwandlung der italienischen Politik den Franzosen bald eine rückhaltlose Freude über die Siege Italiens gestatten werde.

Lebensmittel für Deutschland.

Die Vereinten Staaten beginnen die Verhandlung. London, 21. Dezember. Das amerikanische Bureau erfährt, daß der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover sofort mit Vertretern der Stadt Wien auf schweizer Boden in Bern zusammenzutreffen wird. Vertreter der britischen und französischen Regierung werden der Beratung, die sich um die Bedürfnisse der österreichischen Republik drehen wird, beiwohnen. Dies ist eine Vorbesprechung, die den Beratungen über die ganze Frage der Lebensmittelversorgung der Mittelmächte vorausgehen wird.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die preussische Regierung macht energisch Front gegen die polnischen Wahlen, wie sie in der bekannnten Weise von der polnischen Regierung für preussische Landesleute ausgeschrieben worden sind. Sie erblickt in der Teilnahme an diesen Wahlen das Verbrechen des Hochverrats und hat alle in Frage kommenden Behörden angewiesen, mit äußerster Strenge vorzugehen. Alle Polizeibehörden, Gendarmerie- und Militärbehörden haben Befehl, jede Person sofort zu verhaften, die in irgendeiner Form der Beteiligung an der Vorbereitung zur Wahl der polnischen Nationalversammlung verdächtig ist.

Zu einer reinlichen Trennung zwischen Unabhängigen und Spartakus kam es auf der Verbandsgeneralversammlung der Unabhängigen Groß-Berliner. Die Anträge der Spartakusgruppe, die sofortigen Austritt der Unabhängigen aus der Regierung, die Nichtübernahme der Nationalversammlung und statt dessen dauernde Aufrechterhaltung der AEM als Träger der politischen Macht forderte, wurden mit erheblicher Stimmenmehrheit abgelehnt und das Gegenteil zum Beschluß erhoben.

Die Frage der Kommandogewalt im Heere, wie sie vom Rätekongress geregelt worden ist, hat Anlaß zu Verhandlungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsregierung gegeben. Die zwischen dem General Groener namens der Heeresleitung und dem Rat der Volksbeauftragten geführten Verhandlungen haben zu einer Verständigung geführt. Die Einzelheiten der Verständigung sollen in kürzester Frist bekanntgegeben werden.

Die Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung hält der Mitbegründer der Deutschen demokratischen Partei Dr. Schacht für gegeben. Bitternähig nach dem Stimverhältnis bei der Wahl in Anbalt gerechnet, schätzt Dr. Schacht die Vertretung in der Nationalversammlung so, daß auf 10% sozialistische Abgeordnete 12 der anderen Parteien kommen werden. Dann wird sehr leicht eine Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien und der gemäßigten Sozialdemokratie möglich sein.

Aber die Organisation der Nationalversammlung für das Reich macht Geheimrat Schulze vom Reichsamt des Innern einige Andeutungen. Er ist der Ansicht, daß die Dauer der ersten Tagung mindestens acht Wochen betragen werde. Wo die Versammlung zusammentreten werde, sei im Kabinett noch nicht erörtert worden. Es sei durchaus nicht sicher, daß gerade Berlin gewählt würde. So hätten sich auch andere Orte darum bemüht, und zwar Bayreuth, Bamberg, Frankfurt a. M., Kassel, Erfurt, Weimar, Nürnberg und Würzburg. Mit dem Zusammentritt der Versammlung ist für Anfang Februar zu rechnen.

Der neue Zentralrat der AEM hat inzwischen die Geschäfte von seinem Vorgänger übernommen. Vorsitzender ist Reinert, zu Stellvertretern Vorstehenden sind Cohen-Reuß und Hermann Müller gewählt worden. Die Bureaus des früheren Volksrats werden fast alle aufgelöst, und die Mehrzahl des Personals wird entlassen. Man denkt, mit bedeutend weniger Hilfskräften auszukommen und

damit sparsamer zu wirtschaften als der frühere Volksrat.

Eine Verfügung betreffend mildere Anwendung der Untersuchungshaft hat das preussische Justizministerium erlassen. Der Staatsanwaltschaft werden Befehle gegeben, die zum Ziele haben, durch die Antragsstellung der Staatsanwaltschaft auf eine Verurteilung der Verhängung von Untersuchungshaft, auf eine Abkürzung ihrer Dauer und auf möglichst weitgehende Anrechnung ersittener Untersuchungshaft auf die erkannten Strafen hinzuwirken.

Der Rückmarsch unserer Heere geht weiter in Ordnung vor sich. An der Westfront befinden sich noch 123 Divisionen, von denen 57 im Abtransport, 50 auf dem Marsche in die Demobilisierungsorte und 16 geschlossene Divisionen sind. Im Osten hat der Feind (die Sowjettruppen) Balk besetzt und ist wenige Kilometer darüber hinaus gefolgt. Die noch in Gegend von Dornau verbliebenen Truppenteile sind auf dem Marsche nach Kadal, von wo sie zu Schiff abgeführt werden. Die Räumung des Brückenkopfes bei Wolobetschno ist beendet. Die Stadt Wolobetschno ist geräumt.

Der Wahlausruf des kommandierenden Generals des 14. (bairischen) Korps, v. Gontard, wird vielfach besprochen. Der General führt darin aus, wie notwendig die Nationalversammlung sei, um zum Frieden zu kommen. Unsere Stimmen müssen also den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien, die sich vereinigt gegen die Spartakusgruppe wenden, gehören. Es wird hier nicht dem Beitritt zu einer bestimmten Partei das Wort gegeben. Jeder kann nach seiner politischen Überzeugung wählen. Der Schluß des Aufrufes fordert das Heer auf, hinter den Parteien zu stehen, die mit der Regierung die Ordnung im Lande und die Verhandlungsfähigkeit mit dem Feinde erstreben.

Das preussische Justizministerium will durch eine Verfügung eine Erleichterung des Kirchenaustritts ermöglichen. Danach soll in Zukunft eine einmalige Austrittserklärung genügen. Ruhe der aus der Kirche Austrittene bisher noch für das laufende Jahr die Kirchensteuern weiterzahlen, so ist das nach der neuen Bestimmung nur noch für das laufende Vierteljahr vorgesehen.

Osterreich.

Man weiß, die Tschechen fordern ganz Böhmen, insbesondere auch die deutschen Teile des Landes. Der Präsident Masaryk der tschecho-slowakischen Republik äußert sich jetzt öffentlich zuversichtlich über die tschechisch-slowakische Feindseligkeiten, ob diese nun auf dem Wege des Rechts oder der Gewalt ausgetragen werden. Masaryk ließ keinen Zweifel darüber, daß die Tschechen ganz Böhmen, auch die deutschsprachigen Gebiete fordern. Er gibt die deutsche Mehrheit in gewissen Landstrichen zwar an, begründet aber die tschechischen Ansprüche mit der Erklärung, daß die Regierung in Prag unmöglich die deutsche Herrschaft auch nur über einen Bruchteil des tschechischen Volkes dulden könne. Die Deutschen würden sich über die tschechische Herrschaft nicht zu beklagen haben.

Die Nationalversammlung beschloß nach deutschem Vorbilde die Einführung des Achttundentages. Bei der Beratung dieses Gesetzes wies der Staatssekretär für soziale Fürsorge auf die durch den Kohlenmangel eingetretene katastrophale Arbeitslosigkeit hin. In Wien allein gebe es 48 000 Arbeitslose, deren Zahl sich täglich um 1000 vermehre. In Deutsch-Böhmen seien nicht weniger als 25% der gesamten Arbeiterbevölkerung arbeitslos.

Spanien.

Das unerhörte Vorgehen gegen Deutschland hat nunmehr dadurch seinen bedauerlichen Abschluß gefunden, daß dem deutschen Vorkämpfer Bringen Ratibor und dem Militärattaché die Pässe ausgestellt worden sind. Es ist unvorstellbar bedauerlich, daß das Kabinett des Grafen Romanones sich von der Entente zu diesem Schritt hat zwingen lassen, nachdem alle vorhergegangenen Regierungen Spaniens während der vier Jahre des Weltkrieges im letzten Unabhängigkeitsbewußtsein eine unparteiische Neutralität aufrecht erhalten verstanden hatten.

Luxemburg.

Die Abdankung der Großherzogin Adelheid ist in der ersten Hälfte des Januar zu erwarten. Die Kammer wird dann für die Gründung einer Republik oder einer Personalunion mit Belgien sich entscheiden. Die Mehrheit des luxemburgischen Volkes ist für die letzte Lösung, die

jedoch von der deutschen Bevölkerung und allen prodeutschen Elementen heftig bekämpft wird.

Belgien.

Die Verfolgung der Flamenführer dauert weiter fort. So verständigte der Generallandsanwalt die Kammer davon, daß eine gerichtliche Verfolgung gegen die Antwerpener Abgeordneten Augustijn und Hendrik eingeleitet ist. Sie befinden sich in Haft; angeklagt sind sie wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Staates und Befähigung der Pläne des Feindes. Beide sind flämische Aktivist.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 20. Dez. Der Generallandsarzt der Armee Professor Dr. v. Schiering ist infolge eines im Felde zugezogenen Leidens zurückgetreten.

Berlin, 20. Dez. Anträge auf Ein- und Ausreiseerlaubnis von und nach den besetzten Gebieten sind lediglich an die lokalen Behörden der Okkupationsmächte, nicht aber an die deutsche Waffenstillstandskommission zu richten.

Berlin, 20. Dez. Das deutsche Lokomotivpersonal, das der Entente die Maschinen abliefern muß, drüben noch weiter Dienst, tun, erhält dafür aber Robilmachungsgeid und stark erhöhte Tagegelder.

München, 20. Dez. Die Bischöfe Bayerns legen feierliche Verwahrung gegen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht in Bayern ein.

Danzig, 20. Dez. Die Nachricht, wonach eine polnische Armee im Hafen von Danzig gelandet sei, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Karlsruhe, 20. Dez. Der Abbe Wetterlé läßt am 1. Januar in Ströhring eine neue Zeitung erscheinen, die den Namen „Der französische Rhein“ führen wird.

Holzwinden, 20. Dez. Bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen wurden 10 Bürgerliche und 8 Sozialdemokraten gewählt.

Rotterdam, 20. Dez. Nach englischen Plattermeldungen ist der serbische Ministerpräsident Paschitsch zurückgetreten.

Kirchliche Nachrichten.

Parochie Schandau.

Am heiligen Abend nachm. 4 Uhr Christmette: Pastor Siebner. Am 1. Weihnachtsfeiertag 9 Uhr Gottesdienst mit Predigt über Jerem. 5, 25; derselbe; gem. Chor: „Lasset uns frohlocken“. 11 Uhr Kindergottesdienst. Am 2. Weihnachtsfeiertag 9 Uhr Gottesdienst mit Predigt über Luc. 2, 15-20; Pfarrer Seffelbarth; vor der Predigt Einzelgefang (Hr. Mischlerich) „Christkind“ von Cornelius. An beiden Festtagen Kollekte für unsere Kirchenheizung und -beleuchtung.

Parochie Pichtenhain.

An beiden Weihnachtsfeiertagen 9 Uhr Festgottesdienst. Am 1. Feiertage zugleich Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Krieger.

Parochie Borsdorf.

Heiliger Abend, 24. 12., abends 6 Uhr: Christmette. 1. Feiertag, 25. 12., vorm. 9 Uhr: Weihnachtsfestgottesdienst (Pfarrer Doyer). Chorgesang: „Heiligste Nacht“, Volkslied aus Oberbayern. — Kollekte. 2. Feiertag, 26. 12., vorm. 9 Uhr: Weihnachtsfestgottesdienst (Pastor Heine), daran anschließend Abendmahlfeier für heimgekehrte Krieger und deren Angehörige. Chorgesang: „Heiligste Nacht“, Volkslied aus Oberbayern. — Kollekte. Nachm. 2 Uhr: Weihnachtskindergottesdienst.

Parochie Reinhardtshof.

1. Weihnachtsfeiertag: 9 Uhr Gottesdienst in Reinhardtshof und 5 Uhr in Krippen. 2. Weihnachtsfeiertag: 9 Uhr Gottesdienst mit Abendmahlfeier in Reinhardtshof.

Parochie Königstein.

Dienstag, 24. Dezember: Nachmittags 7 Uhr Christvesper: Pf. Doyer. Mittwoch, 25. Dezember: 10 Uhr Predigt und Abendmahl: Pf. Heine. — Kirchenmusik. Donnerstag, 26. Dezember: 10 Uhr Predigt und Abendmahl: Pf. Doyer. — Kirchenmusik.

Katholische Kirche Königstein, Vielatalstraße.

Dienstag, den 24. Dezember, abends 12 Uhr (Mitternacht) Christi Geburt. Mittwoch, den 25. Dezember, vorm. 9 Uhr Andacht. Donnerstag, den 26. Dezember, „Weihnachtsfeier“, früh 7 Uhr Beichtgelegenheit, 8 Uhr Kommunion, 9 Uhr Hochamt und Predigt. Nachm. 2 Uhr Andacht und hl. Segen.

Schandau, Marktstraße 37, II.

Jeden Mittwoch (in Schulwochen) 1/2-5 nachm. kostenlos luth. Religionsunterricht, 5-6 nachmittags kostenlos Sprechstunde in allen Gemeinde- und Familienangelegenheiten.

Empfehlenswerte Festgeschenke!

Parfümerien — feinste deutsche Marken — in Fl. von M. 1.50 bis M. 25.—

Toilette-Spiegel,

Toilette-Artikel soweit Vorrat.

Haarwässer
Mundwässer
Nasier-Apparate
„ Messer
„ Pinsel
„ Seifen
„ Cremes

Kämme
Nagelpflege-Artikel
Kopf-Bürsten
Hand- „
Nagel- „
Zahn- „
Hut- „

Arak, Kognak, Rum — in diversen Flaschen-Größen,
Rot- u. Weißwein, Punsch-Essenz,
Zigaretten, diverse Preislagen von 6 Pfg. an,
Auslands-Seifen für Toilette und Haushalt.
Manicure-Apparate sind eingetroffen.

Da von allen Waren nur beschränkte Mengen verfügbar sind, empfiehlt sich baldige Besorgung.

Flora-Drogerie, Bad Schandau.

Fertige Flaggen,

Anfertigung jeder Breite und Länge. Flaggenstoffe und Zubehör empfiehlt billigst Max Schulte, Marktstraße 14.

Gustav Schnabel, Kürschnermeister, Schandau

Zaukenstraße 132:

Moderne Pelzwaren.



Hesse

Dresden
Scheffelstr.
ist die richtige
Quelle für
Straußen-
Federn.

Prima beste „Atama“-Straußfedern
kosten: 30 cm lang 3 M., 35 cm 4 M.,
40 cm 5 M., 45 cm 6 M., 45 cm 8 M.,
47 cm 10 M., 50 cm 12 M., 52 cm 15 M.,
55 cm 18 M., 60 cm 25 M., — —
„Atama“-Edelstraußfedern
kosten: 30 cm 9 M., 35 cm 12 M.,
40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm
30 M., 55 cm 42 M., 60 cm 48 M.
Schmale Straußfedern, nur ca. 10 cm
breit, kosten ca. 20 cm lang 30 Pfg.,
34 cm 50 Pfg., 40 cm 1 M. — 15 bis
18 cm breite Federn kosten ca. 1/2 m
lang 8 M., alles echt Strauß, hutfertig.
— Reisher, echt und imitiert, 1 M.,
2 M., 3 M. bis 300 M. — Blumen-
ranken, Eichen-, Wein- u. Lorbeer-
ranken in Grün, Silber und Gold,
Vasenblumen, Gold- und Silber-
myrthenkränze usw. Preisliste frei.

Die Aushandigung der Zeitung erfolgt nur gegen Vorlegung der Quittungskarte!

Das Hut- und Bandagengeschäft von Ernst Hering, gegenüber von „Stadt-Terlig“, empfiehlt sich einer geehrten Beachtung.

Fleischertraft = Orsak „Ohfena“

in Qualität und Preis für ganz Deutschland behördlich genehmigt, dient zur Herstellung und Verbesserung aller Suppen und Soßen, gibt allen Speisen wirksamen, kräftigen Fleischgeschmack und ist des halb hinsichtlich Geschmack vollständiger

Fleisch = Orsak.

Ohfena enthält ca. 40% Eiweiß, während in magerem, fettfreiem Rindfleisch nur ca. 20% Eiweiß enthalten sind. Im Geschmack ist der Unterschied aber noch weit größer, denn 1 Pfund Ohfena gibt allen Suppen und allen Speisen den gleichen Fleischgeschmack wie ca. 10 Pfund Rindfleisch. Bei Verwendung von Ohfena empfindet man daher keine Fleischknappheit mehr.

Preis: 1/2 Pfund 1/2 Pfund 1/2 Pfund 30 Gramm = Dosen
M. 5.25 M. 2.90 M. 1.60 45 Pfg.

In den meisten Geschäften der Lebensmittelbranche käuflich. Unsere Fabrik ist die älteste dieser Branche in Deutschland und ist Ohfena bereits am 30. Juni 1913 beim Patentamt in Berlin als Schutzmarke genehmigt.

Mohr & Co., G. m. b. H., Altona/Elbe.

Firsch, Reh, Kalb, Schaf, Ziegen- und Zickelfelle sowie Rind- und Rohhäute kauft die Rohleder-Handlung E. Hammer, Kirchstr. 27.

Bürger-Versammlung.

Bürgerverein — Gewerbeverein — Beamtenverein

laden alle ihre Mitglieder und deren stimmberechtigte Angehörige für

Sonnabend, den 28. Dezember, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends,
in Hegenbarths Sälen zu einer

Wahlversammlung

ein. Tagesordnung: 1. Aufklärung über das neue Ortsgesetz, die Stadtverordnetenwahlen betreffend.

2. Aufstellung eines Wahlvorschlages.

Aller Erscheinen dringend erwünscht.

Die Vorstände.

Große Versammlung

aller wahlberechtigten Frauen und Mädchen

aus Schandau-Stadt und -Land

am Sonntag, dem 29. Dezbr., nachm. 1 $\frac{1}{2}$ 5 Uhr,
im Saale Hegenbarth-Wünsche.

Vortrag über „Frauenwahlrecht und Frauenwille im deutschen Vaterlande“ von Frä. Else Hoffe. — Allgem. Aussprache über das gleiche Thema.

Einderufer der Versammlung:

Der Schandauer Frauenverein. Die Schandauer Ortsgruppe des „Frauendank 1914“.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.
Allen lieben Verwandten und Bekannten die tiefschmerzliche
Nachricht, daß unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Groß-
und Schwiegermutter, Frau

Amalie verw. Petrich

geb. Michel

Sonntag vormittag 1 $\frac{1}{2}$ 12 Uhr nach kurzer schwerer Krankheit sanft
entschlafen ist.

Postlewig, den 22. Dez. 1918. Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ 3 Uhr, vom
Trauerhause aus statt.

Jugendchriften, Bilderbücher,

Gesellschafts-Spiele

Gustav Bossack.

Kutsch- und Schlittenfahren

werden wieder ausgeführt.

C. Küster, Hamisch's Nachfolger,
Wendischfähre.

Unserer werten Kundschaft von Stadt und Land zur Kenntnis,
daß mein Sohn aus dem Heeresdienst entlassen ist und die
Zahnpraxis wieder aufgenommen hat.

Um gütige Berücksichtigung bitten

Pauline Schiwec

Mag Schiwec.

Zimmerleute

stellt ein

Polier Vichenia, Holzhandl. Gebr. Hering, Königstein.

M. Fiedler, Marktstr. 16, hält sein **Sarg-Magazin** bei vorkommen-
den Fällen zu den billigsten Preisen bestens empfohlen.

Zum bevorstehenden
Weihnachts-Feste

bringe ich mein

Rester-Geschäft

in freundliche Erinnerung. Ich habe
noch **Wool** in schwarz, weiß und
bunt, etwas **Seide**, sowie fertige
Kleider und Blusen, auch zur Tanz-
stunde passend, **Schürzen** in weiß u.
bunt für Damen und Kinder, auch
Knabenschürzen, einige **Röcke**
in Wolle u. Seide, **Kinderkleider**
warme Winterblusen,
u. Theaterchals.

Bertha Berg,
An der Elbe 47 d.

Von jetzt an

Zeitungs-
Ausgabe
nur bis
abends

6 Uhr!

Luftgewehr

zu verkaufen.

Zu erfragen in d. Sächs. Elbz. Zeitung.

Meine Schandauer Bildersammlung

verkaufe gegen Kriegsanleihe.
Näheres in der „Sächs. Elbz. Zeitung“.

Suche Zigarren- und Zigaretten-Geschäft

oder passende Ladeneinrichtung
zu kaufen.

Offerten unter D. R. 2377 an
Rudolf Mosse, Dresden.

Flösshaken

wieder zu haben

Scmiedemeister Thomas.

Daf. kleine Wohnung

zu vermieten,
evtl. Neujahr zu beziehen.

Befuchstorten werden schnell ange-
fertigt. Sächs. Elbz.

Hotel Hegenbarth, Schandau.

Mittwoch, den 25. Dezember 1918 (1. Weihnachtsfeiertag):

Großes Konzert der rühmlichst bekannten Elbtal-Sänger

mit ihrem vorzüglichen Solisten- und Lustspielprogramm.

U. a. die beiden tollen Burlesken:

„Eßt — Aepfel!“ und „Die verhängnisvolle Schlummerrolle“.
Größter Lacherfolg. Allein-Aufführungsgerecht H. Proschke.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Preise der Plätze:

Zu Vorverkauf: 1. Platz 1.50 Mark, 2. Platz 1.00 Mark.

An der Kasse: 1. Platz 1.75 Mark, 2. Platz 1.25 Mark.

Vorverkauf im Zigarrengeschäft Schönherr.

Gasthof „Zum Tiefen Grunde“.

Am 1. Weihnachtsfeiertag, abends 8 Uhr:

Gastspiel des

Fronttheaters der Feldgrauen.

Reichhaltiger Spielplan.

Eintritt: 1. Platz 1.00 M., 2. Platz 80 Pfg.

Nachm. Kindervorstellung. Eintritt 40 und 30 Pfg.

Vorverkaufskarten zu 80 Pfg. bei Unterzeichnetem zu haben.

Dieszu laden freundlich ein

Die Feldgrauen. **Emil Schinke.**

Gasthof Prossen.

Zum ersten Male wieder!

Am 2. Weihnachtsfeiertag:

Gr. Militär-Ballmusik

vom Grenadierregiment 101 in Dresden.

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Dieszu ladet ergebenst ein

Leb. Richter.

Achtung! Sie kommen! Achtung!

Nach Postlewig bei Schandau,

Gasthof „Haus Lothringen“.

Nachm. 4 Uhr Mittwoch, 25. Dez., 1. Feiertag. Abds. 8 Uhr
Kindervorst. Hauptvorst.

Die beliebte

Leipziger Varietee-Gesellschaft.

Direktion: A. Graupner.

Ein jedes Mitglied ist ein Künstler seines Berufes.

U. a.: Frä. Maria Holl, Liederfängerin,
Herr Paul Bachmann, beliebter Humorist und
Komiker mit seiner urkomischen Szene als
Fliegentüten-Heinrich, sowie die berühmte Spigen-
tänzerin Adda Sierla und der übrige Varietee-Cell.

Jeder sichere sich beizeiten einen Platz.

1. Platz 1.25 Mark, 2. Platz 1.— Mark, Kindervorstellung 30 Pfennige.

Um gütigen Zuspruch bitten

der Wirt.

die Direktion.

Briefpapiere

in jeder Packung und Preislage
:: in großer Auswahl ::

Gustav Bossack.

Jung. flott. Kellner

sucht für jetzt oder später Stellung.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der „Sächsischen Elbz. Zeitung“.

Fräulein

zum Instandhalten der Instru-
mente und des Sprechzimmers,
sowie

älteres Mädchen

zum Haushalt

gesucht. Zahnpraxis Herbst.

Beamter ohne Kinder sucht Wohnung

— 2-3 Zimmer mit Zubehör. —

Offerten unter H. J. in der Ge-
schäftsstelle dieses Blattes niederzuliegen.

Gebrauchte, aber gut erhaltene

eich. Truhe

zu kaufen gesucht.

Wo? ist zu erfragen in der Geschäfts-
stelle der Sächsischen Elbz. Zeitung.

Mietverträge

hält vorrätig die Geschäfts-
stelle der Sächs. Elbz. Zeitung.

Verloren

am Sonnabend eine
lederne Handtasche.
(Ecke Post- u. Kirchstraße.) Inhalt:
Eine Damenuhr, gez. „S. D.“, Weih-
nachten 1917, Portemonnaie mit In-
halt und noch versch. andere. Abzug
gegen gute Belohnung: Baukens-
straße 41 (O. Petters).

Armes Deutschland!

Nun mühte schrecklich tagen ein großes Morgenrot — Mein Deutschland ist zerklüftet, sein Weibenselb ist tot.

Sein gutes Schwert zerbrochen auf unbeflegter Trift? Weil ihm ins Herz getroffen ein fremdes, falsches Gift!

Wo blieb die Treue in Ehren, so heidenhaft und groß? Ach, Hunger und Entbehren ist des Verrates Loos!

Wo Herde ohne Hirten verwaist ist Volk und Land... Und wenn die Führer irren, wer wird von Abgrunds Rand?

Verfamme deine Kinder in einem starken Wort — Les neuen Reiches Gründer laß sich auf Deinem Wort!

Hänschens Tiere.

Weihnachtsgeschichte von R. Witzsch.

(Nachdruck verboten.)

Zweimal im Jahre verläßt mich mein treuer Begleiter auf meinem Lebenswege: der Humor.

Einmal im Sommer, wenn wir in die grünen Wälder hinausflüchten, und einmal im Winter, wenn der Wald zu uns kommt.

Wir sagen alle nur „Er“; meine Söhne antworten auf die Frage, welchem von ihnen dieses oder jenes Spielzeug gehört.

Das erste Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das zweite Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das dritte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das vierte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das fünfte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das sechste Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das siebte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das achte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das neunte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das zehnte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das elfte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das zwölfte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das dreizehnte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das vierzehnte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das fünfzehnte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das sechzehnte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das siebzehnte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das achtzehnte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das neunzehnte Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

Das zwanzigste Spielzeug ist ein Kaffeehaus, das ich als Kind gezeichnet habe.

durch die Hande. Stetsach stellt man noch heute Kirchbaumzweige in Wasserfüßen, und wenn sie zu Weihnachten erblühen, so gilt das als glückverheißendes Zeichen.

Auf der jüdischen Halbtagel steht es um Weihnachten anders aus als bei uns, es ist Sommer. Man trinkt eine kühle Bowle, während bei uns ein heißer Grog oder Glühwein gern getrunken wird.

Wir ersuchen alle behördlichen und privaten Auftraggeber, Bekanntmachungen und Anzeigen stets am Tage vor dem Erscheinen der Zeitung an uns gelangen zu lassen.

Lärm und Leben.

III. Immer noch wird der Lärm überschätzt. Viele Ohren hören willig und hören fröhlich, wenn von Berlin her eine neue Volkswirtschaft kommt.

Das erste Parlament der NSDAP hat Lärm genug und übergenug erlebt, vor dem Abgeordnetenhaus und auch drinnen im Saal.

Schlimmer als diese Lärmen selbst ist der Widerhall, den sie finden. In manchen Vertikalen liest sich das, als ginge alles drunter und drüber.

Indessen: es hat gute Weise, es wird nicht dahin kommen, wenigstens nicht durch den Lärm und die übertriebene Wichtigkeit, die man ihm beimißt.

Sie vergessen, daß wir auch auf diesem Wege — also ohne eine bolschewistische Regierung — zu russischen Zuständen kommen müssen.

Aber: man darf sich ein wenig darauf verlassen, daß die Vernunft bald die Oberhand gewinnen wird.

Die Wunder der Weihnachtsnacht, in der Christus geboren wurde, wiederholen sich bei jedem Weihnachtstage.

Arbeiter aus der Kriegsindustrie können also nicht untergebracht werden. Arbeitslosigkeit und Not werden die Wintermonate über unser Leben bedrücken.

Was unserm Staate jetzt gefährlich wird, das ist nicht der Lärm, sondern die Not, die an des Lebens Lore pocht.

Die Verhältniswahl.

Stich der Minderheiten. — Listenform. — Vorschlagslisten Mandatsverteilung nach d'Hondt. — Einfache Listenwahl Verbundene Listen. — Nicht zu befestigende Mängel.

Das in dem Reichswahlgesetz der deutschen Republik vorgesehene Wahlverfahren schließt sich genau an die Beschlüsse des Reichstages über die Verhältniswahlen an.

Es handelt sich nun darum, diesen Zweck durch ein möglichst sicheres und nicht zu verwickeltes Verfahren zu erreichen.

Angenommen, in einem Wahlbezirk seien fünf Abgeordnete zu wählen. Es sind 175 000 Stimmen für sechs Vorschlagslisten abgegeben und zwar:

Table with 2 columns: List (A-F) and Stimmen (60000, 50000, 24000, 20000, 15000, 6000)

Dann würde sich nach dem d'Hondtschen System ergeben:

Table with 5 columns: Dividiert durch (1-5) and 5 rows (A-F) showing seat distribution

Die fünf Höchstzahlen sind fettgedruckt. Liste A erhält demnach zwei Abgeordnete.

Nach der neuen Wahlordnung ist nun auch die Verbindung von Listen zugelassen, wodurch auch die kleinsten Minderheiten in der Lage sind, einen Kandidaten durchzubringen.

Die Verteilung würde sich dann folgendermaßen gestalten:

Table with 5 columns: Dividiert durch (1-5) and 5 rows (A-F) showing seat distribution with combined lists

Sicher hatten auch diesem Wahlssystem Mängel an, die nur ausgeglichen werden könnten, wenn das ganze Reich ein Wahlbezirk würde.

Lut Herz und Taschen auf fürs Note Kreuz!

Wie wähle ich?

Wenke für die Wahl zur Nationalversammlung.

Über die mannigfachen Bestimmungen betr. die Wahlen zur Nationalversammlung herrscht in weiten Kreisen Unklarheit. So ist neben der Verhältniswahl besonders der Begriff der Listenwahl bisher ziemlich unbekannt geblieben. Früher nahm zur Reichstagswahl der Wähler einen Stimmzettel, der den Namen seines Kandidaten trug und ließ ihn in die Wahlurne werfen. Damit hatte er sein Wahlrecht ausgeübt. Nicht ganz so — aber nicht viel schwieriger — gestaltet sich auch heute der Vorgang.

Gegenwärtig wird von der Regierung eine neue Wahlordnung bearbeitet. Es handelt sich dabei vor allem darum, über den § 14 (Listenwahl) Klarheit zu schaffen. Wie ein Blick auf die Wahlbezirke lehrt, sind in jedem von ihnen mehrere Abgeordnete zu wählen. Jede Partei im Wahlbezirk kann soviel Kandidaten aufstellen (auf ihre Liste setzen) als für den Bezirk Abgeordnete zu wählen sind. Die Wahlordnung nennt solche Listen einen Wahlvorschlag. Für die Technik der Listenwahl gibt es nun vier Systeme: das der „streng gebundenen“ Liste, bei dem der Wähler an die Reihenfolge der Bewerber in der aufgestellten Liste gebunden ist, das der „einfach gebundenen“ Liste, bei dem der Wähler die Reihenfolge der aufgestellten Kandidaten beliebig verändern darf, das der „freien“ Liste, bei dem der Wähler eine eigene Liste aus Kandidaten der verschiedenen Wahlvorschläge zusammenstellen kann, und endlich das der „freien Liste mit Witten“, bei dem der Wähler auch Leute seines Vertrauens, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, in seine Liste aufnehmen kann.

Die neue Wahlordnung bestimmt, daß die Wahlen mit „streng gebundener Liste“ vorgenommen werden sollen. Denn es heißt in der Wahlordnung, „für die Verteilung der einem Wahlvorschlag zugeleiteten Abgeordneten unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen maßgebend“. Durch diese Bestimmung werden die Parteien zum ausschlaggebenden Faktor des politischen Lebens. Der Wähler ist also streng an die Vorschläge seiner Partei gebunden. Er kann nicht einen Kandidaten der Liste, der an fünfter Stelle steht, an die erste rücken und umgekehrt. Die Partei stellt die Kandidaten und ihre Reihenfolge auf. Sie wird also die Kandidaten, deren Wahl besonders gewünscht wird, an die erste Stelle der Liste setzen.

Angenommen die Partei A erhalte in einem Wahlbezirk, der sieben Abgeordnete zu stellen hat, nach der Verhältniswahl vier Sitze, so würden die ersten vier Bewerber ihrer Liste gewählt sein. Erhält Partei B einen Sitz, so würde er dem ersten Kandidaten ihrer Liste zufallen, und erhält Partei C zwei Sitze, so würden die ersten beiden Kandidaten ihrer Liste gewählt sein. — Durch das Verfahren der Listenwahl nach dem streng gebundenen System läßt sich am schnellsten eine Übersicht über die Wahlergebnisse gewinnen. Freilich, der einzelne Wähler ist insofern benachteiligt, als er alle Kandidaten seiner Partei entweder ablehnen oder annehmen muß.

Auch zur Nationalversammlung werden die Parteien gedruckte Wahlvorschläge (Wahlzettel) vor den Wahllokale verteilen und der Wähler hat nur nötig, die Wahlvorschläge seiner Partei in den amtlichen Umschlag zu tun und ihn in die Urne werfen zu lassen. Die Annahme weiter Kreise, daß der Wähler selbst eine Kandidatenliste aufstellen dürfe oder müsse, ist hinfällig, sie wird es schon durch die Bestimmung, daß „ein Wahlvorschlag, der gültig sein soll, die Unterschrift von mindestens 100 Wahlberechtigten des Bezirks tragen“ müsse.

Änderungen der Wahlordnung.

Die Wahlordnung für die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung ist in einigen Punkten geändert worden.

Stadt und Land gleich. Bis her war bestimmt, daß „in den Städten die Wahlerlisten in der Art angelegt werden“ dürften, „daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes Hauses die Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge eingetragen werden“. Nunmehr ist diese Bestimmung ganz allgemein gehalten, sie bezieht sich also nicht nur auf die Städte. Die Änderung ist erfolgt mit Rücksicht auf große Industriegebiete, denen das Stadtrecht noch nicht verliehen ist, die aber bereits einen städtischen Charakter tragen.

Vermehrung der Wahlräume. Neu eingefügt ist die Bestimmung, daß in großen Stimmbezirken die Wahlen gleichzeitig in zwei verschiedenen Räumen desselben Gebäudes vorgenommen werden dürfen, wenn die Voraussetzung besteht, daß die Listen nach Geschlechtern getrennt angelegt sind oder sonst geteilt werden können. Beide Räume müssen die vorgeschriebenen Einrichtungen enthalten, in dem zweiten Wahlraum ist der Stellvertreter des Wahlvorstehers zur Leitung der Wahl berufen, es soll für den zweiten Raum auch ein besonderer Schriftführer bestellt werden.

Diese neue Anordnung stellte sich als wünschenswert heraus, im Hinblick auf die außerordentliche Vermehrung der Wählerzahl und auf den voraussichtlich sehr starken Anhang zur Wahl zu gewissen Tageszeiten. Ausdrücklich sei aber hervorgehoben, daß der zweite Raum nicht etwa eine andere Ecke desselben Wahlraumes sein darf, sondern ein davon getrennter Zimmer sein muß, daß aber andererseits der zweite Raum nicht etwa in einem anderen Hause untergebracht werden darf.

Die Fräherlegung der Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung vom 16. Februar auf den 19. Januar machten einige Änderungen am Reichswahlgesetz notwendig, die soeben bekanntgemacht werden. Bei diesen gesetzgeberischen Änderungen hat sich die Regierung von dem Gedanken leiten lassen, die Interessen der Wählerschaft und der Parteileitungen nach Möglichkeit zu wahren. Es bleiben daher die für die Wählerschaft wertvollen Fristen unverändert, nämlich die Auslegungs- und die Einspruchsfrist für die Wahlerlisten. Ebenso soll den Parteien so lange wie möglich Zeit gelassen werden, sich über die Wahlvorschläge zu verständigen.

Auslegung der Wahlerlisten. Im Verfolg dieser leitenden Idee ist mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit zwar bestimmt, daß die Wahlerlisten zu jedermanns Einsicht am 30. Dezember (nicht mehr, wie es vorher hieß, spätestens vier Wochen vor dem Wahltag) auszuliegen sind. Aber die für die Wählerschaft wichtige Dauer der Auslegung bleibt mit dem Zeitraum von acht Tagen bestehen. Die Wähler haben also trotz der Vorverlegung der Wahl genau dieselbe Frist, Einsicht in die Wahlerliste zu nehmen wie nach den ursprünglichen gesetzlichen Bestimmungen.

Einsprüche gegen die Wahlerlisten durch die Behörden sind binnen einer Woche zu erledigen. Bisher war bestimmt: innerhalb der nächsten 14 Tage. Die Bestimmung, daß die Einsprüche gegen die Wahlerlisten bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindevorstandsbefehde anzubringen sind, wird durch die Anordnung nicht betroffen.

Einsprüche der Wahlvorschläge. In der Verordnung wird in Abänderung des Reichswahlgesetzes bestimmt, daß die

Wahlvorschläge spätestens am 4. Januar 1919 (statt „spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag“) beim Wahlkommissar einzureichen sind. Damit verkürzt sich die Zeit für die Einreichung der Wahlvorschläge von 21 auf 15 Tage. Ferner wird bestimmt, daß die Wahlkommissare die vorgeschriebene Auforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort (früher hieß es „spätestens vier Wochen vor dem Wahltag“) zu erlassen haben.

Die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge miteinander kann nach dem Reichswahlgesetz noch „spätestens sieben Tage vor dem Wahltag bei dem Wahlkommissar schriftlich erklärt werden“. In dieser Bestimmung wird nichts geändert, ebenso wenig an der Anordnung, wonach die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen nur bis zum 7. Tage vor dem Wahltag beseitigt werden können. Auch die Bestimmung, wonach Bewerber, gegen deren Wahlbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, bis zum 7. Tage vor dem Wahltag durch andere ersetzt werden können, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlages einen entsprechenden Antrag schriftlich stellen, ist unverändert geblieben.

Aus alledem geht hervor, daß die Beschleunigung der Vornahme der Wahlen für die Wählerschaft und für die Arbeit der Parteien ohne nachteiligen Einfluß bleiben wird.

Schlusssitzung des Rätekongresses.

OB. Berlin, 20. Dezember.

Das Programm des Kongresses ist gestern in sehr später Abendstunde geändert worden. Gegen 10 Uhr mußte die Absicht, den Kongreß zu schließen, aufgegeben und die Schlußsitzung auf heute verlegt werden. Die Sitzung wird mit der Mitteilung des Vorsitzenden eröffnet, daß die Feststellung des Volksbeauftragten Saale über die Abgrenzung der Zuständigkeit des Rates der Volksbeauftragten und des Zentralrates in namentlicher Abstimmung vom Kongreß mit 200 gegen 150 Stimmen gutgeheißen worden ist.

Ein Antrag der Unabhängigen fordert zum Zweck der Bekämpfung aller separatistischen Bestrebungen und zur Förderung des großdeutschen Gedankens die Sinausschiebung aller Landtagswahlen und die Aufhebung der bereits festgesetzten Wahltermine. Die Regelung der kleinstaatlichen Verhältnisse durch die Nationalversammlung werde sicher zu erfolgen, daß die Einzelstaaten fortfallen.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt, und es beginnt die Beratung des wichtigsten Punktes der heutigen Tagesordnung:

Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Referent Dr. Hilferding-Berlin fahret aus, daß bei der Sozialisierung der Anfang gemacht werden müsse mit dem Kohlenbergbau und der Schwerindustrie, denn im Bergbau verkehrte sich am deutlichsten Wesen und Stärke des deutschen Kapitalismus. Gewinnen wir das Verfügungsrecht über Kohle und Eisen, so treffen wir den Kapitalismus in seiner wirtschaftlichen Machtstellung an der empfindlichsten Stelle. Wir gewinnen dadurch gleichzeitig das Verfügungsrecht über einen großen Teil der Industrie und erhalten durch die Übernahme des Bergbaus und der Schwerindustrie auch Einfluß auf das Bankkapital. Nun entsteht aber die Frage, wie das geschehen soll, ob durch Konfiskation oder durch Entschädigungszahlung. Die Konfiskation wird nicht der richtige Weg sein, da dabei ungeheure Schwierigkeiten entstehen. Es empfiehlt sich deshalb, den Weg der Entschädigung einzuschlagen, wobei zu bedenken ist, daß der Unterschied zwischen Konfiskation oder Entschädigung für uns bloß eine taktische Frage ist. Auch braucht nicht alles durch Entschädigung abgelöst zu werden, z. B. Bergbaurechte können ohne weiteres ohne Entschädigung annulliert werden.

Bei der Landwirtschaft

werden wir in die mittleren und kleineren Betriebe nicht direkt eingreifen dürfen, dagegen können wir den Großgrundbesitz wohl sozialisieren, ohne ihn aber vollständig aufzulösen, da er für gewisse Produktionszweige die günstigste Betriebsart ist. Wir müssen mit Überlegung und langsam vorgehen, damit nicht das ganze Wert verflucht wird. Auch in diesem Zusammenhang muß der Satz gelten: Die Revolution darf sich nicht auflösen in eine Lohnbewegung. (Lebh. Zustimmung.) Die Betriebe gehören jetzt der neuen sozialen Gemeinschaft und sie muß dafür sorgen, daß diese Betriebe in bestmöglichem Zustand in die soziale Gesellschaft übergeführt werden. (Lebh. Zustimmung.)

In der Aussprache

ergreifen zunächst Vertreter aus dem Ruhrrevier das Wort, um die Frage aus Grund praktischer Erfahrungen zu besprechen. Gerade weil die Sozialisierung des Bergbaus bald kommen solle, müßten die Arbeiter auf übertriebene Lohnforderungen verzichten, die ganze Betriebe stillzulegen drohen. Wenn in dieser Weise fortgefahren werde, würde bald nichts mehr zu sozialisieren da sein.

Volksbeauftragter Barth forderte, daß in der Frage der Sozialisierung schnellstens etwas geschieht, damit die Arbeiter endlich Löhne sehen. Nicht in den nächsten Monaten, sondern schon in ganz wenigen Tagen muß eine Verfügung ergehen, nach der die für die Sozialisierung reifen Betriebe auch sozialisiert werden. Bergbau, Elektrizitätsindustrie, Stahlwerksverband, Kalkwerke und viele andere Betriebe lassen sich ohne weiteres sozialisieren. Wird das beschlossen, so verpflichte ich mich, für die Zukunft jeden Streik zu vermeiden. Säure-Vielefeld: Wenn es mit ein paar Panischlägen auf den Tisch zu machen wäre, dann wäre der Borredner der tüchtigste Mann. Aber wenn es darauf ankommt, die Frage praktisch und wissenschaftlich vorzubereiten, so ist er der letzte, der für die Sozialisierung etwas leistet.

Nach längerer Aussprache und dem Schlußwort des Referenten Hilferding wurde ein Antrag Sozialdemokraten angenommen, der die Regierung beauftragt, mit Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaues, zu beginnen. Anträge auf Schaffung eines Heimstättengesetzes werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Antrag, wonach die militärische Kommandogewalt in den Garnisonen in ständigen Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt von den örtlichen Räten ausgeübt werden soll, wird angenommen.

Die Einigung der beiden sozialdemokratischen Gruppen forderte ein Antrag, Seeger-Leipzig lehnt für die Unabhängigen ab.

Ein Soldatenvertreter bittet um Annahme des Antrages. Die Verhandlungen werden stürmisch. Die Vorkandidaten suchen die Gegner zu überschreiten und weisen auf den Regierungstisch, insbesondere Scheidemann, der erst aus der Regierung heraus müsse, ehe von Einigung die Rede sein könne. Nach Lebebour, der sich einigen will, wenn die große Masse des Volkes sich zu seinem Programm bekannt hat, tritt Scheidemann an das Rednerpult. Minutenlang macht es ihm das Toben der Vorkandidaten im Saale und der Lärm von den Tribünen unmöglich, zum Worte zu kommen.

Scheidemann kann sich nur schwer Geduld verschaffen, immer wieder werden seine Worte von der Unruhe und den tobenden Juristen verflungen. Der Volksbeauftragte weist schließlich auf den 19. Januar hin, bei dem das Volk den Vorkandidaten die Antwort geben werde. Dann spricht u. a. nach eine Frau für den Ausbau der revolutionären Erregungenschaften und nun wird der Rätekongreß mit einem Hoch auf die deutsche Republik geschlossen.

Der neue Zentralrat.

Der an Stelle des bisherigen Berliner Volksrates neu gewählte Zentralrat der Räte aus dem ganzen Reich, der mit der parlamentarischen Kontrolle der Regierung beauftragt ist, umfaßt folgende 27 Mitglieder: Reinert-Dannover, Raier-Di-

front, Waeger-Dittrom, Struve-Wentrom, Burmann-Westfront, Cohen-Reuß, Heimat, Waß-Marine, Hermann Müller-Berlin, Jwella-Rürberg, Schaefer-Köln, Rahmann-Dresden, Herbert-Stettin, Lampel-Hamburg, Stuber-Erlangen, Dörner-Karlsruhe, Knoblauch-Darmstadt, Gustav Deller-Berlin, Broebel-Münden, Borgebel-Köln, Beißig-Freiberg, Voigt-Dreslau, Kürbis-Samburg, Endow-Brandenburg, Graefinss-Rassel, König-Dortmund, Faas-Westfront, Wendert-Bernburg.

Ebert über die Lage.

Die Volkswirtschaft in Gefahr!

Berlin, 20. Dezember.

Ein englischer Journalist hatte mit Ebert eine Unterredung, in deren Verlauf letzterer u. a. erklärte: Die innere Lage Deutschlands sei derzeit günstig, daß man bisher noch keine Gewalt anzuwenden brauchte, um der von der Rechten und Linken drohenden Gefahr entgegenzutreten. Die von der Front zurückkehrende Armee unterstehe der Macht der gegenwärtigen Regierung mehr, als man zu hoffen wagte. Die einzige Gefahr bestehe in der Wirtschaftslage, denn die Soldaten werden lieber an der Front Opfer bringen, als in der Heimat Elend ertragen. In der Verzweiflung werde sich das deutsche Volk nicht der Reaktion, sondern sicher dem Volksweltismus zuwenden. Die Sozialdemokraten erstreben keine Diktatur, sondern sie wollen, daß die ganze Nation ihrem Willen Ausdruck gibt. Wien solle über den Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland frei entscheiden. Die Frage, ob er hinsichtlich der zukünftigen Lage optimistisch gestimmt sei, bejahte Ebert.

Aufhebung der Blockade in Aussicht.

Wilson gegen den Gewaltfrieden.

Bern, 20. Dezember.

Der amerikanische Lebensmittelkontrollenr Hoover erklärt, Deutschland könne für sich selbst sorgen, falls man ihm dazu die Möglichkeit lasse. Die Inländische Blockade müsse aufgehoben werden, damit Deutschland aus Schweden und Norwegen Fische und aus Argentinien Getreide bekommen könne. Aber die Aufhebung der Blockade sei die Bedingung dafür.

Wilson läßt ausdrücklich erklären, daß er den von der Liga zur Erzwingung des Friedens aufgestellten Plan nicht billige. Der Präsident betont ferner nochmals, er sei nicht nur Anhänger des Planes eines Völkerbundes, sondern er halte seine Gründung für unentbehrlich zur Aufrechterhaltung des Friedens. Er habe dem Plane der genannten Liga niemals weder direkt noch indirekt zugestimmt.

Volkswirtschaft.

* **Weiterer Rückgang der Kohlenzeugung.** In Ober-Sachsen wurden normal während der Kriegszeit täglich rund 12 000 Waggons Kohle abgefahren; jetzt nicht einmal mehr die Hälfte davon. Im rheinisch-westfälischen Bergbaurevier sind am Dienstag 14 598 Eisenbahnwagen verladen worden (gegen normal 25 000 im Kriege). Die Verladung ist damit gegenüber der Leistung in den letzten Tagen wieder zurückgegangen. Die Streikbewegung hat weiter um sich gegriffen. Die Zahl der Ausständigen hat sich auf 24 142 erhöht.

* **Nachzahlung für abgelieferte Türklinsen.** Die mit der Metallbeschlagnahme beauftragten Behörden sind ermächtigt worden, für abgelieferte Türklinsen und Fenstergriffe außer der bereits gezahlten Ausbaurvergütung von 1 Mark für 1 Kilogramm noch 3 Mark bis 15. Januar nachzuzahlen.

* **Wieder erziehen sind die Berliner Zeitungen,** die wegen einer Lohnstreitigkeit mit dem Druckerpersonal Mittwoch nicht herauskommen konnten. Es kam eine Einigung anscheinend auf mittlerer Linie zustande, worauf die Streikenden die Arbeit aufnahmen.

* **Die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin.** Die Berliner Arbeitslosenaffen steigen weiter. Bei dem städtischen Art eisenachweis sind jetzt rund 31 000 Arbeitslose angemeldet, der Verbandsnachweis der Metallarbeiter hat rund 7000, der der Holzarbeiter etwa 5000 Arbeitslose. Im ganzen wird die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf 60 000 bis 70 000 veranschlagt.

* **Neue Interessenvertretung kaufmännischer Angestellter.** Die nachstehenden kaufmännischen Verbände: Deutscher Bankbeamten-Berein, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Kaufmännischer Verband von 1858, Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und Verein der Deutschen Kaufleute haben eine neue Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (G. K. A.) mit dem Sitz in Berlin gebildet. Sie werden die begonnenen und die noch aufzunehmenden Verhandlungen mit den verschiedenen Arbeitgeber-Verbänden über tarifvertragliche Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten unter diesen Namen fortführen und zum Abschluß bringen.

* **Lebensmittelverordnungen des Bundesrats bleiben in Kraft.** Auf eine von dem Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler gestellte Anfrage, ob nach der Auflösung des Bundesrats die von diesem erlassenen Verordnungen noch Rechtsgültigkeit behalten, hat das Reichs-Verwaltungsrat folgenden Bescheid erteilt: „Die Auffassung, daß die von den bisherigen Institutionen des Reiches erlassenen Vorschriften als nicht mehr zu Recht bestehend anzusehen seien, ist nicht zutreffend. Alle ordnungsmäßig erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen der früheren Gewalten bleiben vielmehr so lange in Kraft, bis sie ausdrücklich aufgehoben werden. Da das bezüglich der Verkehrsbeschränkungen im Handel mit Lebensmitteln nicht geschehen ist, sind die Verordnungen also genau so verbindlich für alle Beteiligten wie bisher. Solange nicht eine wesentliche Besserung der allgemeinen Versorgungslage eintritt, kann eine Änderung hierin auch nicht in Aussicht gestellt werden.“

* **Folgen des Rohmaterialmangels.** Wie gemeldet wird, sind die industriellen Betriebe in Rheinland und Westfalen vielfach nicht imstande, die bisher erteilten Aufträge der Eisenbahnenverwaltung auszuführen, da infolge der Unterbindung der Erzeugung durch die Waffenstillstandsbedingungen die Erzeugung von Stählen durchaus unzureichend ist. Es fehlt vor allem an Walzmaterial, wie z. B. Profilleisen.

* **Achtstundentag in England.** Der Präsident des englischen Handelsministeriums teilt in einer Erklärung an die Presse mit, daß die mit den Eisenbahnarbeitern getroffene Regelung die Einführung des Achtstundentages für das gesamte Eisenbahnpersonal vom 1. Februar ab enthält.

* **Garne vom Meer für die bürgerliche Bevölkerung.** Die Stoffnot wird auch von der Meeresverwaltung nach Möglichkeit gemildert werden. „Al“ beim Meer frei werden können Nähgarne, Web-, Wirt-, Filz-, Strick- und Seltenerwaren und daraus hergestellte Gegenstände werden, soweit sie wieder herstellbar sind, zur Verfügung gestellt. In erster Linie sollen alle Nähgarne abgegeben werden.

* **Fischeinfuhr.** Entgegen umlaufenden Gerüchten muß auch die Zentralisation der Fischeinfuhr zunächst unbedingt beibehalten werden, um eine unerträgliche Preissteigerung zu vermeiden. Fischwaren aller Art, die von anderen als den zuständigen Einfuhrstellen zur Einfuhr gelangen, werden daher nach wie vor in der bisherigen Form an der Grenze beibehalten.